



*Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss*

**Drittes Treffen  
der organisierten Zivilgesellschaft  
Europäische Union/Lateinamerika und Karibik**

**REDE**

von

**Herrn Roger BRIESCH**

*Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses*

---

14. April 2004, Mexiko

---

**Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr verehrte Damen und Herren Minister,  
verehrte Damen und Herren Botschafter,  
meine Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

zunächst möchte ich Ihnen sagen, dass es mir eine große Freude ist, bei Ihnen in Mexiko sein zu dürfen. Ich treffe hier und heute zahlreiche Freunde wieder, die sich wie ich seit Jahren für den Aufbau einer Partnerschaft zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik sowie für ein humanitäres Entwicklungskonzept einsetzen.

Dass dieses Treffen der organisierten Zivilgesellschaft Europäische Union/Lateinamerika und Karibik in Mexiko stattfindet, zeigt einmal mehr, Herr Minister, wie sehr sich Ihr Land im Bereich der Entwicklungspolitik engagiert.

Es gibt einen offenkundigen logischen Zusammenhang zwischen der Konferenz von Monterrey über die Entwicklungshilfe, die Konferenz von Cancun über den Handel und den Treffen Europäische Union/Lateinamerika und Karibik, die im Frühjahr 2004 sowohl auf Ebene der Zivilgesellschaft als auf Ebene der Staats- und Regierungschefs stattfinden.

Ich denke, dass die Partnerschaft zwischen der EU einerseits und Lateinamerika und der Karibik andererseits ein Modell in den Bereichen Entwicklung und Handel werden sollte, und ich bin überzeugt, dass wir diesem Ziel in den nächsten beiden Sitzungstagen ein Stück näher kommen werden.

Ich möchte vor allem der Europäischen Kommission – namentlich Kommissionsmitglied Patten – für die Unterstützung danken, die uns bei der Veranstaltung dieses Dritten Treffens Europäische Union/Lateinamerika und Karibik zuteil wurde. Darüber hinaus möchte ich mich im Namen aller Teilnehmer bei der mexikanischen Regierung - insbesondere dem Außenministerium – für die aktive Beteiligung an der Ausrichtung dieses Treffens bedanken.

Erlauben Sie mir, ein paar Worte zu der Institution zu sagen, der es vorzustehen ich die Ehre habe: dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Die Tatsache, dass es eine Instanz wie den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses im Gefüge der europäischen Institutionen gibt, zeugt vom Willen der Gründerväter Europas, den demokratischen und transparenten Charakter des europäischen Integrationsprozesses sicherzustellen. Unsere Versammlung, die Sprachrohr der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte und der Zivilgesellschaft des Europas der 15 und bald 25 ist, besteht aus Frauen und Männern, die an der Basis arbeiten: in Arbeitgeberverbänden, Gewerbe- und Handwerkskammern, Landwirtschafts-, Verbraucher-, Frauenrechts- und Umweltverbänden.

Unser Ausschuss muss vor jedem Rechtsakt und jeder neuen Initiative in den meisten Zuständigkeitsbereichen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere bei wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten konsultiert werden. Unsere Stellungnahmen liegen auf dem Tisch des Ministerrates der Union – neben den Vorschlägen der Kommission und den Stellungnahmen des Europäischen Parlaments. Sie finden oftmals Berücksichtigung dank des Fachwissens unserer Berichterstatter, meiner Kollegen, die Spezialisten auf ihrem jeweiligen Gebiet sind.

Unsere Erfahrung beschränkt sich nicht auf Tätigkeiten innerhalb der Europäischen Union, sondern deckt - mit der Erarbeitung von Stellungnahmen, der Einrichtung eines strukturierten Dialogs mit unseren Partnern in Drittstaaten - ein breites internationales Spektrum ab. In Bezug auf Lateinamerika unterhalten wir bereits seit Jahren strukturierte Beziehungen zum Beratenden Forum des Mercosur; auch bemühen wir uns um die Pflege der Kontakte zu Ihnen allen. Darüber hinaus veranstalten wir, wie Sie wissen, nun zum dritten Mal ein Treffen der organisierten Zivilgesellschaft Europäische Union/Lateinamerika und Karibik.

Nun möchte ich ein paar Denkanstöße für die Diskussion der nächsten beiden Tage geben.

**Der erste Punkt, den ich hervorheben möchte, ist die Bedeutung der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik.**

Wir sind durch Wirtschafts- und Handelsbeziehungen miteinander verbunden, die es weiter auszubauen gilt. Wir haben aber auch und vor allem eine gemeinsame Kultur und ein gemeinsames humanitäres Entwicklungskonzept. Ich bin sogar der Überzeugung, dass Lateinamerika, die Karibik und die Europäische Union gemeinsam dazu beitragen können, die Globalisierung in die richtigen Bahnen zu lenken.

Ich habe den Eindruck, dass die Europäische Union dem südamerikanischen Kontinent und der Karibik bisher nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt hat. Allerdings zeichnet sich eine Verbesserung der Situation ab. Hiervon zeugen der nächste Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Guadalajara sowie unsere Treffen auf Ebene der Zivilgesellschaft.

Ich wünsche mir von ganzem Herzen einen neuen Elan, eine neue Dynamik, die auf der Grundlage von Assoziierungsabkommen mit den regionalen Gremien des Mercosur, Lateinamerikas und der Andengemeinschaft zur Schaffung einer wirklichen Partnerschaft und zum Abschluss eines umfassenden interregionalen Abkommens führen. Das Gleiche gilt für die Aufstockung der Finanzhilfen der EU für die Länder Lateinamerikas. Ich denke dabei aber gleichzeitig an unsere karibischen Freunde, die von den Bestimmungen des vom EWSA hartnäckig befürworteten Cotonou-Abkommens profitieren und die bald in Verhandlung über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen treten.

**Der zweite Aspekt, auf den ich in dieser Rede eingehen möchte, ist die Bedeutung, die die Europäische Union und der EWSA dem sozialen Zusammenhalt bzw. der sozialen Entwicklung beimessen.**

Die Union gründet sich auf die Achtung der Grundrechte. Die in Nizza im Dezember 2000 proklamierte Grundrechtscharta bekräftigt das Ziel der EU, die Grundrechte – einschließlich der fundamentalen Arbeitsnormen – zu fördern und sie in ihre Politiken und Maßnahmen vollkommen zu integrieren. Dieses Ziel findet sich natürlich auch im Verfassungsentwurf wieder. Darüber hinaus haben die Staats- und Regierungschefs der EU die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung im Rahmen der Lissabonner Strategie zu einer Priorität gemacht. Der EWSA und seine Mitglieder spielen bei dieser Strategie eine wichtige Rolle.

Unser Entwicklungsmodell, das auf der Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte sowie auf der Beteiligung und Anhörung von Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft beruht, erscheint unseren Freunden in Südamerika interessant und sogar erstrebenswert. Dieses Modell steht in Konkurrenz, in gewisser Hinsicht sogar im Widerspruch zum ultraliberalen US-amerikanischen Modell, dem Modell des Laisser-faire. Sie, meine lieben Freunde aus Lateinamerika und der Karibik, dürften besonders gut verstehen, was ich damit meine.

Der EWSA hat kürzlich eine vom Berichterstatter Herrn Mario Soares erarbeitete Stellungnahme zu den möglichen Auswirkungen des gesamtamerikanischen Freihandelsabkommens vorgelegt. Darin gelangt der Ausschuss zu Schlussfolgerungen, die wohl auch die meisten von Ihnen gezogen hätten. Eines der Merkmale des geplanten Abkommens ist seine rein kommerzielle Ausrichtung, die nur zu einer Verstärkung der bestehenden Asymmetrien in der Region führen wird. Hingegen zeichnen sich die Abkommen, die Ihre Länder mit der Europäischen Union aushandeln und auch aushandeln sollten, durch wirtschafts-, handels-, sozial- und umweltpolitische Komponenten aus – sowie durch den Willen, die Akteure der Zivilgesellschaft einzubeziehen.

**Der dritte Aspekt meiner Rede betrifft die Sorgen angesichts der sozialen Schwierigkeiten für die Bevölkerung Lateinamerikas und der Karibik sowie die möglichen Folgen dieser Situation für die Demokratie in Ihren Ländern.**

Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre hat sich in Ihren Ländern nicht wirklich in einer Verbesserung der sozialen Situation und in einem Abbau der Ungleichheiten geäußert. Diese Tatsache ist besonders besorgniserregend. So ist der Anteil der Menschen, die in dieser Weltregion in Armut oder äußerster Armut leben, nach wie vor hoch (er liegt bei 43% bzw. 19%). Darüber hinaus bestehen für die Bevölkerung auch besondere Schwierigkeiten und Gefahren aufgrund von Unsicherheit, Diskriminierung und mangelndem sozialem Zusammenhalt.

Die anhaltende Armut und die Unfähigkeit, das Wirtschaftswachstum in eine allgemeine Anhebung des Einkommensniveaus umzuwandeln, sind Kennzeichen dessen, was einige als soziale Schuld des lateinamerikanischen Kontinents apostrophiert haben. Ich fürchte, dass all diese Phänomene, wenn sie nicht energischer bekämpft werden, den Nährboden für Bewegungen bilden, die die demokratischen Prozesse der letzten Jahren infrage stellen könnten.

**Als nächstes widme ich mich der Frage, welchen Stellenwert der soziale Zusammenhalt für die Europäische Union haben sollte.**

In diesem Zusammenhang freue ich mich über die Initiative von Kommissionsmitglied Patten, den sozialen Zusammenhalt zu einem der zentralen Themen auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Mai in Guadalajara zu machen.

Ich möchte Herrn Patten auch dafür danken, dass er den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss um Erarbeitung einer Stellungnahme zu diesem Thema ersucht hat. Diese Stellungnahme, die Ihnen mein Kollege José María Zúñiga in der nächsten Sitzung erläutern wird, ist ein wichtiges Dokument, in dem die vielschichtige Problematik des sozialen Zusammenhalts behandelt wird, d.h. seine politische, wirtschaftliche, territoriale, ökologische und natürlich soziale Dimension.

Worum geht es eigentlich? Es geht um die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, die sich auf die drei Säulen Wirtschaft, Soziales und Umwelt und auf verschiedene Formen der Solidarität – zwischen Generationen, Regionen und Bevölkerungsgruppen – gründet, und es geht um die Förderung einer wirklichen partizipativen Demokratie.

Ich unterstütze deshalb den Appell der Europäischen Union, auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Guadalajara einen neuen Konsens für den sozialen Zusammenhalt zu finden. Lassen Sie mich hinzufügen, dass die Zivilgesellschaft integraler Bestandteil dieses neuen Konsenses sein muss, um die Akzeptanz der entwicklungspolitischen Maßnahmen seitens der Bevölkerung zu verbessern.

**Schließlich möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der meiner Meinung nach ein Fundament unseres Handelns und ein Grund für unsere Teilnahme an diesem Treffen ist: die unerlässliche Stärkung der organisierten Zivilgesellschaft an den nationalen Debatten und den Beschlussfassungsstrukturen.**

Die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Beschlussfassung ist der Ausdruck eines Demokratisierungsprozesses und erlaubt es, auf dem Weg zu dauerhaftem Wachstum und sozialer Integration voranzukommen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft verbessert die Transparenz der Machtstrukturen und ist somit auch ein Mittel, das verantwortungsvolles Regieren gewährleistet.

Aus den vorgenannten Gründen sieht es der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss als seine Aufgabe an, in jeder Region und jedem Land Lateinamerikas und der Karibik die Konsolidierung der Zivilgesellschaft und die Einrichtung bzw. die Stärkung von Strukturen des Dialogs und der Absprache zwischen den Vertretern der Zivilgesellschaft sowie zwischen ihnen und den politischen Entscheidungsträgern zu fördern. Mit Freude habe ich, wie Sie alle, die Gründung des Rates für wirtschaftliche und soziale Entwicklung Brasiliens zur Kenntnis genommen. Mehrere Ratsmitglieder dürfen wir heute hier begrüßen. Ich hoffe, dass andere lateinamerikanische Länder diesem Beispiel rasch folgen werden – namentlich Mexiko, das bereits die Grundlage für ein vergleichbares Projekt geschaffen hat.

Verehrte Kollegen aus Mexiko, ich versichere Ihnen, dass der EWSA bereit ist, Sie bei diesem Unternehmen zu unterstützen. Wir haben bereits erste, viel versprechende Kontakte geknüpft, und ich bin der Überzeugung, dass unsere künftigen Sitzungen – vor allem auf bilateraler Ebene – Ihr jeweiliges Projekt voranbringen.

Ich fordere des Weiteren dazu auf, in jedem von der Europäischen Union ausgehandelten Abkommen Dialogstrukturen auf Ebene der Zivilgesellschaft - nach dem Vorbild des Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Chile - vorzusehen. Die Einrichtung von Gemischten Beratenden Ausschüssen, an denen einerseits Mitglieder des EWSA und andererseits Vertreter der Zivilgesellschaft der betreffenden Länder teilnehmen, erlaubt die Stärkung der partizipativen Demokratie und eine bessere Bürgerbeteiligung. Auf regionaler Ebene hat der EWSA diesbezüglich bereits Vorarbeit geleistet, indem er einen strukturierten Dialog mit dem Beratenden Forum des Mercosur eingerichtet hat. Er ist bereit, einen solchen Dialog auch mit anderen regionalen Gremien – dem mittelamerikanischen Integrationssystem und den Beratenden Arbeitnehmer- und Arbeitgeberforen der Andengemeinschaft – einzurichten.

Abschließend möchte ich erneut die Bedeutung dieses Treffens hervorheben. Wir sollten Empfehlungen für das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs erarbeiten; wir sollten aber auch und vor allem unsere Beziehungen und unseren Dialog ausbauen sowie gemeinsam nach Mitteln suchen, die der Zivilgesellschaft eine echte Beteiligung und eine ernst zu nehmende Rolle im Rahmen der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik ermöglichen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

---